

BÄCKERZEITUNG

Offizielles Organ
des Verbandes der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands
(Sitz Hamburg 23), Magstraße 6.

Offizielles Organ
der Zentral-Arbeits- und Sterbe-Kasse der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands
(Sitz Dresden), Liliengasse 12.

Der paritätische Arbeitsnachweis.

Eine Errungenschaft unserer letzten Berliner Lohnbewegung war bekanntlich die Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises für das Bäckergewerbe. Wie dieser neu-geschaffene Nachweis funktioniert, darüber wollen wir am Schlusse dieses Artikels einiges sagen. Das Interesse und die Aufmerksamkeit unserer Kollegen wird durch diese Gründung des Arbeitsnachweises besonders auf ihn und die Arbeitsvermittlung gelenkt, weshalb wir über den paritätischen Arbeitsnachweis und seinen Wert im wirtschaftlichen Leben zunächst einige Worte verlieren wollen.

Der Kampf um den Arbeitsnachweis, d. h. wer im Besitz der Arbeitsvermittlung sein soll, ob Arbeitnehmer oder Arbeitgeber, ist beinahe so alt, wie der Lohnkampf selbst; er spielte meist eine nicht untergeordnete Rolle im wirtschaftlichen Kampf zwischen beiden Parteien und spielt mit dem Augenblick in größerem Maße, wo die beiderseitigen Verbände an wirtschaftlicher Stärke zunehmen und deshalb bemüht sind, die Arbeitsvermittlung in ihre Hände zu bekommen. Ja, in manchen Gewerben steht der Lohnkampf in den letzten Jahren sogar an Heftigkeit hinter dem Kampf um den Arbeitsnachweis zurück. Als Beweis mag dafür allein der schon seit Jahren in der Berliner Metall- und Holzindustrie geführte Kampf um den Arbeitsnachweis angeführt werden, der an Ausdauer und Zähigkeit von beiden Seiten, namentlich von Seiten der Arbeiterorganisationen nichts mehr zu wünschen übrig läßt.

Von welcher Wichtigkeit für die eine oder die andere Partei auch immer der Besitz des Arbeitsnachweises sein mag, so mußte doch mit der Zeit die Frage entstehen, ob die Geld- und Zeilopfer, die dieser Kampf erfordert, auch wirklich den Vorteil aufwiegen, der mit dem Besitz desselben verbunden ist. Da kam man auf den Gedanken, paritätische Arbeitsnachweise zu gründen, d. h. Arbeitsnachweise, deren Leitung unter einem Kuratorium steht, das zu gleichen Teilen aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern besteht, mit einem unparteiischen Vorsitzenden an der Spitze. Ein solches Angebot ist auch den Berliner Metall- und Holzindustriellen schon gemacht worden, sowohl von der Leitung der Arbeiterorganisationen, wie auch von Seiten des Zentralvereins für Arbeitsnachweise, Herrn Dr. Arzund, der sich um die Bildung von paritätischen Arbeitsnachweisen schon seit Jahren bemüht, und wie namentlich in den letzten Jahren zu konstatieren ist — mit Erfolg.

Der Scharfmacherflügel, der in benannten Berufen eine besonders starke Anzahl Anhänger zählt, blieb seiner Tradition, „Herr im Hause“ bleiben zu müssen, treu, er will sich auch nicht in die Arbeitsvermittlung hineinreden lassen, sondern sie in seinen eigenen Händen behalten, um damit gewisse terroristische Zwecke zu verfolgen. (Auffertigung schwarzer Listen etc.) Er verhielt sich diesem verständigen Vorschlag gegenüber ablehnend. Als dritter im Bunde werden jetzt unsere Herren Innungs-Bäckermeister genannt werden müssen, die wohl als kapitalistische Unternehmer nur eine sehr schwache Kopie von den Metall- und Holzindustriellen bilden, nichtsdestoweniger aber eine um diverse Prozente höhere Einbildung von ihrer Herr-im-Hause-Macht haben. Sie werden sich mit gleicher oder größerer Gegenwehr gegen den paritätischen Arbeitsnachweis wenden. Das entspricht auch ganz ihrem sonstigen Verhalten. Würden sie den Bäckergehilfen nicht nur als Arbeitsstier betrachten, sondern als Mensch, der beim Verkauf seiner Arbeitskraft auch mitzureden und mitzubestimmen hat, so würden sie sich dem Tarifvertrag unterstellen. Weil ihr bornierter Herrenstandpunkt aber nicht zuläßt, Arbeitervertreter als gleichberechtigt und mitbestimmend bei gemeinsamen Einrichtungen für das Gewerbe zuzulassen, deshalb lehnten sie den Tarifvertrag ab und deshalb erkennen sie auch den paritätischen Arbeitsnachweis nicht an, ja sie bekämpfen ihn sogar mit wenig einwandfreien Mitteln.

Die Erfahrungen, die andere Gewerbe mit der paritätischen Arbeitsvermittlung gemacht haben, scheinen für beide Parteien und für die Ruhe und Aufrechterhaltung des Friedens im Gewerbe und seiner Fortentwicklung recht

befriedigend zu sein. So nicht allein bei den Buchdruckern, sondern auch bei den Brauern, Buchbindern etc. Es wird auch noch eine Ersparnis der Verwaltungskosten durch die Zusammenlegung der meist zwei bestehenden Arbeitsnachweise zu einem erzielt. Die Arbeitsvermittlung, die von der Arbeiterorganisation meist nur nach Feierabend gemacht werden konnte, wird jetzt an passender Tageszeit verrichtet. Wie oft konnte früher deshalb eine Stelle nicht rechtzeitig besetzt werden, weil über Tags keine Arbeiter vom Nachweis zu haben waren. Dadurch war dem Arbeiter und Unternehmer nicht gedient.

Mit der Entwicklung der paritätischen Nachweise in Berlin war es dann aber auch möglich, in einem so stattlichen Gebäude Unterkunft zu finden, wie es der Zentralverein für Arbeitsnachweis in der Rüdertstraße errichtet hat. Hier hat der vom Schicksal hart Betroffene, der Arbeitslose, nicht allein einen freundlichen Aufenthalt in sauberen, lustigen Räumen, wodurch er den dämpfenden, kalten und Kaffeekellern entzogen wird, die tagsüber bei unwirlichem Wetter sein Aufenthalt sein müßten und worin er gestungen war, seine wenigen Zehrpennige noch unnütz auszugeben, sondern er kann seinen äußeren und inneren Menschen für ein äußerst geringes Geld in Ordnung bringen. Er kann ein billiges Bad nehmen, kann sich kleine Reparaturen an Kleidern und Schuh machen lassen; er erhält für geringes Geld leibliche und schmackhafte Kost und für seine geistigen Bedürfnisse steht ihm ein großes Lesezimmer zur Verfügung. Das sind nicht zu unterschätzende kleine Annehmlichkeiten, die dem Arbeitslosen sein Schicksal mit etwas weniger Schwermut ertragen läßt. Doch was kümmert natürlich den jatten Unternehmer, der in jedem Arbeitslosen den Arbeitscheuen, Landstreicher und Vagabunden sieht!

Aber durchaus nicht vom Standpunkt der Humanität aus soll sich der Unternehmer für den paritätischen Arbeitsnachweis erklären, sondern neben der Verringerung der Verwaltungskosten, entstehen auch für ihn Vorteile durch den paritätischen Arbeitsnachweis. Die Einstellung einer Arbeitskraft ist zu jeder Stunde möglich, bei Auswahl der Arbeitskräfte können besondere Wünsche des Arbeitgebers, namentlich bei Verlangen nach Spezialarbeitern, weit mehr Berücksichtigung erfahren, vorausgesetzt natürlich, daß alle anderen Arbeitsnachweise im Gewerbe abgeschafft sind zu Gunsten des einen paritätischen. Und wenn den Arbeitgebern wirklich an einem friedlichen Verhältnis zwischen ihnen und den Arbeitern liegen würde, so würden sie das gewiß nicht unbillige Verlangen der Arbeiter, die Arbeitsnachweisvermittlung paritätisch zu handhaben, bei einigem guten Willen leicht erfüllen können.

Doch wie sieht es damit bei uns im Gewerbe aus? Unsere Innungsmeister befürchten — und zwar mit Recht —, daß unser Berliner paritätischer Arbeitsnachweis, an dessen Lebensfähigkeit sie zuerst nicht recht glauben wollten, sich recht gut entwickelt. Darüber erhebt, haben die Innungen jetzt verfügt, jeden Innungsmeister in Strafe zu nehmen, der seine Arbeitskräfte nicht vom Innungs-Nachweis holt. Das wird ja wohl nur eine leere Drohung bleiben müssen, denn die davon betroffenen Meister müßten sich, um Schutz vor solchem Terrorismus zu finden, an die Gerichte wenden. Jedenfalls bekämen die Scharfmacher dort eine Nase gebreht; hat doch seinerzeit der Reichsminister schon die Genehmigung zur Errichtung eines Arbeitsnachweises der Bäckermeister verweigert, weil durch ihn ausgesprochene Kampfzwecke verfolgt werden sollten. Aber die bloße Absicht, die in der Verfügung der Innungen liegt, charakterisiert wohl deren Verhalten zu dieser Frage.

Seit 1. Juli dieses Jahres erst ins Leben getreten, vermittelte unser paritätischer Nachweis in Berlin doch schon im ersten Monat seines Bestehens 500 Stellen. Das ist ein gutes Zeichen für seine fernere Fortentwicklung!

Mögen deshalb diese Herren Innungsmeister geistern gegen diese neue Institution in unserem Gewerbe, deren vorzuziehendes soziales Wirken beiden Parteien, Arbeitern und Arbeitgebern, bald noch mehr zur Gewißheit werden wird; sie werden dann trotz allen Giftspeiens nicht imstande sein, dieser jungen Gründung das Lebenslicht auszublasen,

wohl aber werden sie erneut den Beweis für ihre mittelalterliche Rückständigkeit erbracht haben. Unseren Kollegen aber erwächst die doppelte Pflicht, bei Arbeitslosigkeit nur unseren paritätischen Arbeitsnachweis zu benutzen, dann wird die Zeit kommen, wo auch unsere konservativen Innungsmeister mit ihrem Latein zu Ende sind!

Der Arbeitsmarkt im September 1904.

Für die Lage des Arbeitsmarktes ergibt sich, dem „Reichsarbeitsblatt“ zufolge, nach dem Geschäftsgang der einzelnen Industrien ein nicht ungunstiges Gesamtbild, das nur durch den noch immer unbefriedigenden Stand der Beschäftigung im Bergbau und Hüttenindustrie getrübt erscheint. Wie im Vormonat machte sich, wenn auch nicht mehr im gleichen Umfange, für verschiedene Gewerbe (Winnenschiffahrt, Mühlenindustrie, Papierindustrie) Wassermangel beim der niedrige Stand der Flüsse unangenehm fühlbar. Bei anderen Industrien (Chemische Industrie, Landwirtschaftliche Maschinen) hatte die Beschäftigung für den Export auch weiterhin unter den kriegerischen Ereignissen in Ostasien zu leiden. In der Hauptsache befriedigend entwickelten sich die Verhältnisse für die Maschinen- und Metallindustrie und ebenso gestaltete sich in der elektrischen Industrie die Lage andauernd günstig. Die Einflüsse der Saison machten sich in vorwiegend günstigem Sinne im Buchdruckgewerbe, in der Konfektion und in anderen Gewerben geltend, die um diese Zeit in eine flottere Beschäftigung einzutreten pflegen.

Die Vermittlungstätigkeit bei den Arbeitsnachweisen gestaltete sich im September günstig und war stärker als im Vorjahre. Die Beschäftigungsziffer bei den an das Kaiserlich Statistische Amt berichtenden Krankenkassen wies eine Steigerung um 44792 Personen auf gegen eine Zunahme von 18317 im August und gegen eine Abnahme um 3157 Personen im Juli dieses Jahres.

Bei den Sacharbeitsnachweisen der Bäcker ist gegen den Monat September des Vorjahres eine Zunahme der Arbeitsgesuche um 85, eine Abnahme der offenen Stellen um 53 und eine Zunahme der besetzten Stellen um 13 eingetreten. Insgesamt wurden im Monat September dieses Jahres bei den nachverzeichneten Sacharbeitsnachweisen 5359 Arbeitsuchende und 3751 offene Stellen eingetragen, wovon 3626 vermittelt wurden.

Es wurden geücht bei den Sacharbeitsnachweiser:

Arbeitsnachweis	Arbeits-suchende	Offene Stellen	Besetzte Stellen
des Provinzialverbandes der Bäckereimeister Lübeckens	69	56	56
des Zentralvereins für den Arbeitsnachw. Berl., Abt. Bäcker	466	296	294
Bäckerinnung Concordia, Berlin	227	148	148
" Germania I Berlin	539	332	332
" II	384	384	384
" Frankfurt a. M.	53	25	25
" Potsdam	32	24	24
" Stettin	165	103	103
" Breslau	262	230	230
" Halle a. S.	125	110	110
" Kiel	75	30	30
" Hannover	122	102	102
" Frankfurt a. M.	97	77	77
" Zwickau	10	6	6
" München	580	174	159
" Eberfeld	35	32	32
" Nürnberg	81	43	26
" Chemnitz	192	121	121
" Dresden	212	21	211
d. Verbandes d. Bäcker Dresden	50	7	7
der Bäckerinnung Leipzig	363	339	266
des Gewerker. d. Bäcker Leipz.	97	67	67
Bäckerinnung Stuttgart	217	137	137
" Freiburg i. B.	74	65	58
" Heidelberg	51	12	12
" Darmstadt	85	81	73
" Mannheim	115	113	108
" Mainz	92	98	98
" Lübeck	38	17	17
" Hamburg	451	314	314

Der Zentralverein für Arbeitsnachweis in Berlin schilbert die Arbeitslage befriedigend, obwohl Angebot und Nachfrage gegen den Vormonat etwas gefallen seien. Von dem Concordia-Nachweis Berlin wird großer Andrang zugeteilter Stellen gemeldet; die Lage sei „recht still“. Der Nachweis der Bäckerinnung Stettin meldet: „Ueberfüllung an Gesellen“. Der Innungsnachweis in Chemnitz klagt über andauernden Mangel an jüngeren (d. h. billigen) Gesellen.

Unter den vorgenannten Ziffern sind 472 Ausschüsse enthalten, so daß sich die Zahl der tatsächlich vorhandenen Stellen um diese Summe verringern müßte, falls Vergleiche zwischen der Zahl der Arbeitsuchenden und der Zahl der offenen Stellen gemacht werden.

Arbeitslosigkeit in deutschen Fachverbänden.

Die vom Reich. Statist. Amt bearbeitete Statistik der Arbeitslosigkeit in deutschen Fachverbänden hat auch im letzten Quartal einen weiteren Ausbau erfahren. Nach dem Reichsarbeitsblatt erscheinen in den Übersichten diesmal neu der deutsche Veritarbeiterverband und der kaufmännische Verband für weibliche Angestellte. Die Zahl der an die Statistik angeschlossenen Organisationen beträgt jetzt 45.

Die Aufnahme der Arbeitslosigkeit vom 30. September d. J. umfaßte 589 928 Personen gegen 547 525 am 30. Juni d. J. und 414 855 am 30. September 1903. Am 30. September d. J. waren nun in den für das Gesamtergebnis in Betracht kommenden Organisationen 8925 Mitglieder am Ort, 2158 auf der Reise, mithin zusammen 11 083 Personen oder 1,8 Prozent aller Mitglieder als arbeitslos gemeldet, gegen 1,9 Proz. am 30. Juni d. J. und 1,8 Proz. am 30. September 1903. Die Gesamtarbeitslosigkeit erscheint demnach gegenüber dem letzten Quartal um ein Geringes niedriger, im Vergleich zur selben Zeit des Vorjahres dagegen unverändert. Diese Tatsache findet eine gewisse Erklärung durch die Bewegung der einzelnen Arbeitslosenklassen, bei deren Betrachtung sich ergibt, daß zwar bei der Mehrzahl der Organisationen gegen das dritte Quartal 1903 eine Verminderung der Arbeitslosigkeit stattgefunden hat, daß dagegen bei einigen anderen Organisationen, wenn auch nur in geringem Umfang, das Gegenteil eingetreten ist. Dazu kommt aber vor allem, daß verschiedene große Verbände, die bereits im Vorjahr eine erhebliche Zahl beschäftigungsloser Mitglieder aufzuweisen hatten, in dieser Hinsicht auch jetzt noch stark belastet erscheinen. Während gegen den 30. September 1903 die Zahl der Arbeitslosen am Ort und auf der Reise beispielsweise bei dem Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter um 1,4 Prozent, bei dem Gewerbeverein der deutschen Fabrik- und Handarbeiter um 0,2 Prozent zugenommen hat, ergibt eine Zusammenstellung der für die Verbände der Buchdrucker, Bildhauer, Handschuhmacher, sowie für unseren Verband ermittelten vor- und diesjährigen Septemberziffern das folgende Bild:

Es entfielen auf je 100 Arbeitslose:

	am 30. 9. 1904	am 30. 9. 1903
bei den Bäckern	7,6	8,5
" " Handschuhmachern	6,9	5,5
" " Buchdruckern	8,2	9,1
" " Bildhauern	7,4	7,8

Die Fälle von Arbeitslosigkeit (insgesamt 46 534) haben im Verhältnis zu den Mitgliederzahlen etwas abgenommen, dagegen im Vergleich zum zweiten Quartal 1904 eine — im großen ganzen allerdings nur geringfügige — Steigerung erfahren. Es entfielen nämlich auf je 100 Mitglieder im dritten Vierteljahr d. J. insgesamt 7,9 Fälle von Arbeitslosigkeit gegen 8,2 im Vorjahr und 7,3 im zweiten Vierteljahr 1904. Bei einzelnen Verbänden erhob sich dieser Satz indessen auch bei der jetzigen Annahme ganz erheblich über den allgemeinen Durchschnitt. So entfielen im dritten Quartal 1904 auf je 100 Mitglieder Fälle von Arbeitslosigkeit bei den Kupfer Schmieden 21,3, den Bäckern 22,0 (20,2 im gleichen Zeitraum des Vorjahres) den Konditoren 18,6, den Gläsern 25,3.

Die durchschnittliche Unterstützungsdauer ist gegen das Vorquartal etwas, nämlich auf 17,6 auf 17 Tagen gestiegen, in unserem Verband betrug dieselbe im vorliegenden Quartal 12 Tage, gegen 15 im dritten Vierteljahr 1903. Von je 100 als arbeitslos gemeldeten Mitgliedern unseres Verbandes bezogen im dritten Quartal 1904 25 Prozent Verbandunterstützung gegen 33 Prozent im dritten Quartal 1903 und 19 Prozent im zweiten Quartal 1904.

Die Unterstützungssummen am Ort bei allen Organisationen haben gegen das letzte Quartal eine weitere Steigerung erfahren, die um so bemerkenswerter erscheint, als in der diesmaligen Zusammenstellung die Angaben mehrerer Verbände fehlen. Die betreffenden Summen liegen von 347 592,60 M auf 475 375,70 M. Dagegen haben die für Reichunterstützung gezahlten Summen gegen das zweite Vierteljahr 1904 eine Steigerung von 135 973,44 M auf 207 604,05 M erfahren. In der Statistik sind hieran die Verbände der Buchdrucker, Metall- und Holzarbeiter beteiligt.

Entsprechend der Erhöhung der Reichunterstützungsumme ist die Zahl der Unterstützungsstage von 255 342 im zweiten Quartal 1904 auf 332 390 Tage im dritten Quartal d. J. gestiegen.

In unserem Verband sind bei einer Mitgliederzahl von 6763 1773 Arbeitslose = 21,9 Proz. aller Mitglieder gemeldet worden. Am letzten Tage des Quartals wurden 611 arbeitslose Mitglieder am Ort und 15 auf der Reise festgestellt. Von den Arbeitslosen bezogen den Verbandunterstützung am Ort 452 Mitglieder für 5773 Tage 672,80 M. auf der Reise 133 Mitglieder für 690 Tage 70,30 M.

Auf je 100 Mitglieder entfielen im dritten Quartal 1904 22 Fälle der Arbeitslosigkeit, 1,8 mehr als im dritten Quartal 1903. Die Arbeitslage hat sich demnach gegen das Vorjahr verschlechtert.

Bäckerbetriebsstatistik von Augsburg und Umgebung.

Die Mitgliedschaft Augsburg hat mit Hilfe von Verzeichnissen ohne das vorerwähnte Verzeichnis eine Kenntnis der Zahl der dortigen und der Umgebung bestehenden Bäckereien, Zahl der darin beschäftigten Gehülften und Lehrlinge erlangt. Das Ergebnis derselben veranschaulicht man deutlich nachstehende Tabelle, wobei bemerkt zu werden verdient, daß sich diese nur auf das Stadtgebiet Augsburgs und die Stadt Umgebung zur Zeit rund 6000 Einwohner zählt.

Die Zahl der Bäckereien beträgt insgesamt hier 159, die der darin beschäftigten Gehülften 269 und die Zahl der Lehrlinge 122.

In 104 derjenigen Betriebe, in denen Lehrlinge gehalten werden, ist in 49 Betrieben werden keine Lehrlinge gehalten und in 9 sind nach deren Meisterränge beschäftigt.

Das Geschlechterverhältnis der Betriebe geht aus nachstehender Tabelle hervor:

Lehrlinge sind beschäftigt in 14 Bäckereien keine, in 6 Bäckereien 1, in 55 Bäckereien 2, in 15 Bäckereien 3, in 6 Bäckereien 4, in einer Bäckerei 5, in einer Bäckerei 6 und in 2 Bäckereien 7, insgesamt in 159 Bäckereien 266 Gehülften, wovon 122 in 49 Bäckereien keine, in 6 Bäckereien 1 und in 12 Bäckereien 2, demnach in 117 Bäckereien 122 Lehrlinge.

Der selbständige Vorort Lechhausen zählt rund 14 000 Einwohner. Die Zahl der Bäckereien beträgt 38, die der Gehülften 18 und die Zahl der Lehrlinge 11, welche auf 11 Betriebe entfallen. Das Größenverhältnis ist hier folgendes:

Gehülften werden beschäftigt in 20 Bäckereien keine, in 18 Bäckereien 1, insgesamt in 38 Bäckereien 18 Gehülften. Lehrlinge werden beschäftigt in 27 Bäckereien keine (in diesen sind zum Teil Söhne beschäftigt) und in 11 Bäckereien je 1 Lehrling, demnach in 11 Bäckereien 11 Lehrlinge.

Mersee, ebenfalls ein selbständiger Vorort, zählt 11 000 Einwohner. Dort bestehen 17 Bäckereien, welche 13 Gehülften und 11 Lehrlinge beschäftigen, welche letztere auf ebenso viele Betriebe entfallen. Das Verhältnis ist folgendes:

Gehülften sind beschäftigt in 7 Bäckereien keine, in 8 Bäckereien 1, in einer Bäckerei 2 und in einer Bäckerei 3, insgesamt in 17 Bäckereien 13 Gehülften. Lehrlinge sind beschäftigt in 6 Bäckereien keine und in 11 Bäckereien je 1, insgesamt also in 11 Bäckereien 11 Lehrlinge.

Während also in Lechhausen und Mersee das patriarchalische Verhältnis im Innungsmeisterlichen Idealzustand anzutreffen ist, scheint in Augsburg bereits ein Stillstand in der „Vorwärtsentwicklung“ stattzufinden. Es sind auch bereits zwei gut florierende Genossenschaftsbäckereien im Betrieb, welche 12 Personen beschäftigen; ebenfalls ein Betrieb, von auswärts geleitet, mit 7 Gehülften. Auf weissen Rechnung aber das Kleinrentnerium keine Existenz fortführt, ist nicht schwer zu erraten. In erster Linie die billigen und jungen Arbeitskräfte und dann das konsumierende Publikum sind die Begleiter dieser Rechnung. Der Brotpreis ist dem auch in der Arbeiterstadt Augsburg ebenso hoch wie in der nahe gelegenen Beamten- und Fremdenstadt München. Nicht zu vergessen sind dazu noch die mittelalterlichen Follstrafen, welche noch fest zwischen Stadt und Vororte gezogen sind, so die gegenseitige Konkurrenz erschwerend und gewiß dadurch das tägliche Brot nicht verbilligend.

E. Heiland.

Aus unserer Bernie.

Aus Neuchâtel. Die gemessenen Ideen finden trotz aller erdenklichen Chikanen von seiten des Unternehmers und trotz der Polizeibehörde auch hier Eingang. Auch bei den Bäckern tritt dies zu, welche einsehen, daß die hierorts bestehenden Mißstände in den Betrieben nicht durch Vermögensvereine oder gleichgültiges Dabinschalten aus der Welt geschafft werden können, vielmehr zur Beseitigung dieses eine kräftige Organisation zustande kommen muß. Der Stadtrat Gerbes, zugleich das geistige Oberhaupt der Bäckermeister darstellend, ist von solch „revolutionären“ Antrieben seiner Gehilfenschaft nicht besonders erbaut. Erdreißt sich einer, für die Unterdrückten einzutreten, so hat er zu gewärtigen, daß er die Hungerpeinliche zu fühlen bekommt — er wird nach Scharfmacherart gemahregelt. — Heute sind wir in der Lage, das Vorgehen der Polizei unseren Lesern vor Augen zu führen. Erst kürzlich sollte mit Hilfe des Zentralverbandes der Gehülften eine öffentliche Versammlung stattfinden, welche aber unterjagt wurde. Der Vertrauensmann veranstaltete nun eine Privatversammlung, die auch ohne Störung von statten ging. Anderen Tages jedoch wurde nach dem „Schwererbrecher“ gefahndet. Einer von den „harmlosen“ Gehülften schrieb an einem entzwei gerissenen Regen Kupon ungefähr folgendes an die Geheimpolizei: „Am 14. Oktober findet schon wieder eine geheime Bäcker-Versammlung bei Ublemann statt. Was diese wollen, weiß ich auch nicht. Es wäre überhaupt Witzsinn, weil wir Bäckerburschen es hier sehr gut haben. Schaut morgen 3 Uhr nach und ich zeig' den Kerl aus Mannheim aus der Stadt hinaus oder setzt ihn ins Loch. Dem Wirt gehört die Konzeption verboten, wenn das der kommandierende General wüßte, so würde die Wirtschaft geberbt werden.“ — Auf dieses Stück näher einzugehen, erübrigt sich uns, weil aus jeder Zeile ein Stück pyramidaler Dummheit hervorleuchtet. Die „Geheimpolizei“ dagegen mit ihrer unergründlichen Weisheit war anderer Meinung über dieses Geschreibsel und wies Redereien über des. was in der Versammlung gesprochen und beschlossen wurde. Danach scheint, daß die Meher Polizei noch einen großen Wert auf anonyme Denunziationen gibt, und daß diese im moralischen Lichte für den Staat höher einschlagen und, als derjenige, welcher Mißstände über Bäckerbetriebe geißelt und von der Behörde Abhilfe verlangt. — Wir erlauben uns hierbei eine Frage: Warum konzentriert die Meher Polizei ihren Scherz auf die Bekämpfung der organisierten Arbeiter? Geht es hier etwa dem Unternehmensamt zu Gefallen? Warum kümmert sich die Meher Polizei nicht mehr um die Einschaltung der Bäckereibehörden und fragt nicht, ob die schmutzigen Redereien, welche in den Bäckereien und in der Meher Polizei gegenwärtig an den Ton herüber im Interesse des professionellsten Publikums gehalten oder einer heulenden Veränderung unterworfen werden? Wir zweifeln, daß uns auf diese Fragen eine Antwort erteilt wird, denn nach den bis jetzt gemachten Beobachtungen werden nicht früher die Rechte der Arbeiter vergrößert, als bis diese einsehen, daß die oerkerliche Organisation eine unbedingte Notwendigkeit gegen jede Unterdrückung und Anrechnung ist.

Eine Ruher-Juugung! Einmal der schädlichen Hebel, woran das gesamte Bäckergewerbe krank, ist bekanntlich die vielfach von den Jungunternehmern betriebene Lehrlingsjagd. Die Jungungen als die Schwachproben des ehrbaren Bäckerhandwerks wollen diese von „gewisser“ Seite erhabenen „Verbädigungen“ entziehen und mit Ernährung durch. Deshalb ist es gut, wenn dann und wenn von einzelnen Jungungen die von ihnen betriebene Lehrlingsjagd beabsichtigt wird. Eine von diesen Jungungen ist auch die Bäder-Jungung von Cottbus i. P. Der Bericht der Jungungs-Kommission zur Herabwürdigung der Bäckereien ergab folgendes Bild: Es wurden 71 Bäckereien registriert gegen 72 im Vorjahre, davon 63 Betriebe in Cottbus und den Vororten gelegen, 3 Betriebe befinden sich in Feys, 2 in Burg-Lori und je 1 in Gellinden, Madlow und Seesow. In diesen 71 Betrieben werden 44 Gehülften gegen 57 im Vorjahre beschäftigt. Geendet werden noch 82 Lehrlinge gehalten gegen 61 im Vorjahre. Von diesen 82 Lehrlingen sind 32 im ersten, 30 im zweiten und 20 im dritten Lehrjahre. Die hohe Zahl der Lehrlinge hat nach Ansicht der Beauftragten darin ihren Grund, daß in den letzten zwei Jahren eine Anzahl von Bäckereien neu angelegt wurde, während das

Wachstum der Stadt mit diesen Neuanlagen nicht gleichen Schritt gehalten hat. Ein Beweis hierfür ist, daß fünf Bäckereien ohne jegliche Hilfskraft arbeiten. Die Lohnverhältnisse schwanken zwischen 5 und 10 M mit dem Durchschnittslohn von 6,82 M. Die Schlafstube der Gehülften in einem Betriebe wurde beanstandet und obgleich dies schon dreimal geschehen ist, hat die Kommission von weiteren Maßnahmen Abstand genommen, da der Meister bestimmt versprochen, sich jetzt zu bessern. Also die Stadt Cottbus selbst hat die Schuld, daß die Bäckereibetriebe so ins Kraut schießen, weil sie sich nicht genügend vergrößert. Nun, wer sich nicht ausbreiten kann, ist ein dummer Kerl und wenn die Gründe noch so scheinbar natürlicher Natur sind. Das im übrigen alles in Butter schwimmt, ist ja selbstverständlich. Die Betriebsräume sind nach Ansicht der Kommission überall in Ordnung (?), die Schlafräume sind zufriedenstellend, Handtücher sind auch genug da und Waschanlagen sind überall vorhanden. (Na, waschen kann man sich an jedem Graben.) Die Lehrlinge besuchen alle die Fortbildungsschule mit Ausnahme von einem halben Dutzend, die ein bisschen weit wegwohnen. Cottbus kann somit aus der Liste derjenigen Städte gestrichen werden, wo die Bäckereiverhältnisse noch vieles zu wünschen übrig lassen, wenn nicht „gewissenlose“ Menschen trotz alledem das Gegenteil behaupten.

Genossenschaftliches.

Die Bäckerei des Lebensbedürfnis- und Produktivvereins zu Freiburg i. B. ergab für das Geschäftsjahr 1903, das 39. seit seiner Gründung, einen Erlös von 247 319 M., 32 495 M. mehr als im Vorjahre. Der tägliche Mehlverbrauch stieg von 31,7 Zentner im Jahre 1902 auf 37,4 im Berichtsjahre.

Der Konsumverein Neustadt in Magdeburg-Neustadt beschäftigte in seinem 40. Geschäftsjahre (1903) 384 Personen. In der Bäckerei sind für jeden Tag des Jahres durchschnittlich für 1302 M. Weißgebäck und 6093 Stück Brote hergestellt worden. Insgesamt wurden 2 224 924 als im Vorjahre. Es wurden 56 938 Zentner Roggenmehl und 40 412 Zentner Weizenmehl verboden. Die Löhne und Gehälter der Bäckerei beliefen sich auf 136 888 M., während der Kohlenverbrauch zum Heizen der Ofen die Summe von 29 049 M. verschlang.

Bäckerbewegung im Auslande.

Zur Bewegung der Bäckerarbeiter Österreichs.

In Wien rüstet die Organisation zu einem energischen Eingreifen betreffs der vollen Durchführung des Tarifes. Die bisherige Taktik entsprach nicht in jener Weise, wie es Anfangs seitens der Organisation erwartet wurde. Die Meister, die wegen der Nichterhaltung des Tarifes vor die Tarifkommission (98) geladen wurden, sind zur Hälfte nur erschienen, wenn auch die meisten von den Erschienenen das Versprechen gaben, den Tarif völlig einzuhalten, so mußte doch die Mehrzahl mittelst Streiks nachträglich gezwungen werden, dem Versprechen nachzukommen. Diejenigen Meister, die zur Sitzung gar nicht erschienen sind, wurden wohl schriftlich zur Einhaltung des Tarifes ersucht, aber im allgemeinen sind die Erfolge der Zuschrift vollständig ausgeblieben. Es nimmt ein Teil der Meistereihaft den Tarif nicht ernst; ein anderer Teil der Meister, die wieder durch die Einhaltung desselben eine größere Belastung der Region zu tragen haben, verliert unter Anwendung verschiedener Mittel, sich der Einhaltung wieder zu entziehen. Sie verweisen auf ihre Konkurrenten, die tarifunreu sind und daß ihnen nichts geschieht. In einige Meister, die in der Genossenschaft nicht ohne Bedeutung sind, haben erklärt, das Nebereinkommen ist deshalb zustande gekommen, da einerseits ein allgemeiner Streik dadurch verhindert wurde, und andererseits deshalb, da die Mehrzahl der Meister bei der Abstimmung der Heberzeugung jubelte, die Gehilfenschaft ist außer Stande, den Tarif durchzuführen. Aber ein solches Mandat sollte das Nebereinkommen darstellen. Nun hat die Organisation die Aufgabe, den Ernst allen diesen Unternehmern zu zeigen, die glauben, eine Komödie sei die ganze Tarifgemeinschaft. Es fand zum Zwecke der Beratung, in welcher Form man die Durchführung des Tarifes beschleunigen könnte, am 30. September eine allgemeine Vertrauensmännerversammlung statt. Diese hat beschlossen, es soll der Gehilfenausschuß eine energische Taktik betreffs der strikten Einhaltung des Tarifes in sämtlichen Betrieben anwenden und systematisch in allen tarifunreuen Betrieben zur Waffe des Streiks greifen. Eine Einleitung zu dieser ersten Aktion war die freie Versammlung, die am 11. Oktober stattfand. Diese war massenhaft besucht, obwohl nur Mitglieder zugelassen wurden. Das Material erhaltete der Gehilfensmann Genosse Silberer, der alle die bisher gesammelten Erfahrungen bei der Durchführung des Tarifes schon zusammenfaßte und zu der laudablen Konsequenz kam, daß ein energischeres Tempo eingeschlagen werden muß, sollte der Tarif aufrecht erhalten werden können. Die Meistereihaft tritt sehr stark, wenn sie hofft, die Periode von 1890 bis 1891 wieder zu sehen. Nach vertig die Organisation über jene zur Durchführung solcher Vereinbarungen unerlässlichen Mittel und auch die Gehilfenschaft ist eine andere geworden als damals, wo der Begeisterung die notwendige tiefe Heberzeugung für die Ausdauer im Kampfe fehlte. Es wurde eine scharfe Resolution angenommen und zum Ausdruck gebracht, daß unter allen Umständen an der Durchführung der Tarifbestimmungen festgehalten wird. Vor dem Schluß der Versammlung brachten die organisierten Bäckerarbeiter dem Schimpfmeister von Wien, Dr. Karl Queger, die tiefste Verachtung aus für seine Beschimpfung der Arbeiterchaft in einer Sitzung des Landtages.

Unverzüglich nach dieser Versammlung sind an alle Bezirke neue Fragebögen betreffs der Erhebung der Löhne und Arbeitszeit, wie diese vor dem 15. Mai und jetzt beizubringen sind, gesendet worden. Diese Fragebögen müssen binnen kürzester Zeit abgeliefert werden, damit in der Aktion keine Verzögerung eintritt. Sodann werden gruppenweise die Bäckereien zu einer Besprechung eingeladen, die mit im Auftrage der beschäftigten Gehülften an die betriebsfremden Unternehmer herantreten werden kann. Sie werden mittelst Zuschrift ersucht, binnen bestimmter Frist den Tarif einzuhalten. Nach Ablauf dieser Frist findet abermals eine Versammlung der beschäftigten Gehülften statt, wo Bericht zu erstatten ist, welche Wirkung dieser Weg hatte. In allen jenen Betrieben, wo der Unternehmer nach wie vor auf friedlichem Wege nicht gewonnen ist, nachzugeben, wird noch am selben Tage in den Streik getreten.

Damit wird die ganze Aktion in ein festes System gebracht und zuversichtlich wird diese Mühe auch von dem erwünschten Erfolge begleitet werden. Entschieden ist es richtig, daß in Wien die Zeit gründlich vorüber ist, wo die Bäckermeister vollständig nach ihrer Willkür den Gehülfen ausbeuteten und entlohneten. Den Lohn und die Länge der Arbeitszeit festzusetzen, ist ein Bestimmungsrecht der Genossenschaft, und diese läßt sich dieses Recht nie mehr nehmen oder kürzen.

Auch die Prager Kollegen haben nach einem langen und zähen Kampfe die Genossenschaft zu einem Tarifvertrage gezwungen. Dieser enthält folgende Bestimmungen:

I. Lohn und Arbeitszeit.

1. Mindestlohn für Weißbäckereien bis zu 5 Arbeitskräften inkl. der Lehrlinge: Heller, Mischer 26 Kr., die übrigen Kategorien 16—20 Kr.
2. Die Arbeitszeit in Betrieben mit 1 Ofen 12, mit 2 Ofen 11½ Stunden täglich.
3. Mindestlohn für Betriebe bis zu 10 Arbeitskräften inkl. Lehrlinge: Schiefer, Mischer 28, Schwarzmischer 24, Erzhmann 24 Kr., die übrigen Kategorien 17 bis 22 Kr.
4. Die Arbeitszeit beträgt in diesen Betrieben 11 Stunden.
5. Mindestlohn in Betrieben über 10 Arbeitskräfte: Schiefer, Mischer 30, Erzhmann und Schwarzmischer 28 Kr., die übrigen Kategorien 18—26 Kr. pro Woche.
6. Die Arbeitszeit beträgt 10½ Stunden.
7. Mindestlohn für Schwarzbäckereien bis zu 2 Gehülfen bei 12stündiger Arbeitszeit 26 und 16 Kr.
8. Mindestlohn für Schwarzbäckereien bis zu 3 Gehülfen bei 11stündiger Arbeitszeit 28, 24, 20 und 18 Kr.
9. Schwarzbäckereien über 5 Gehülfen bei 10½stündiger Arbeitszeit 32, 26 und 24 Kr. pro Woche.
10. Die Pausen nach dem Wortlaut der Ministerialverordnung vom 27. Mai 1885.
11. Diese Mindestlöhne beziehen sich auf alle jene Betriebe, wo bisher keine Regelung stattfand. Jene Betriebe, wo der Lohn bereits geregelt oder ein höherer ist, bleiben unberührt.
12. Dem Unternehmer bleibt es unbenommen, je nach der Fertigkeit einen höheren Lohn mit seinen Gehülfen zu vereinbaren.
13. Das Frühstück- und Freigeback ist in allen Weißbäckereien den Gehülfen zu gewähren.
14. Die Lohnzahlung findet für alle verheirateten Gehülfen und jene, die am Sonntag ihre Woche beendet haben, am Sonntag, bei allen anderen Gehülfen am Sonntag nach der vollendeten Arbeit statt.
15. Zwei Lehrlinge werden für einen Gehülfen gerechnet. Ausheuern, die der Unternehmer aufnimmt, sind pro Tag 6 Kr. für Mischer, Heller, 5 Kr. für Schwarzmischer und 4 Kr. für die übrigen Kategorien zu zahlen.
16. Das Mehlgeb beträgt 10 Heller pro Sad, 2 Heller für Ausstauben, alle anderen Nebeneinkünfte bleiben unberührt.
17. Das Austragen des Gebäck ist in die Arbeitszeit einzurechnen.
18. Die Arbeitswoche besteht aus 6 Tagen.
19. Die Entlohnung der Ueberstunden ist nach dem Lohnsatze entsprechend zu berechnen. Mehr als 6 Ueberstunden in der Woche sind unzulässig.
20. Die Gehülfen sind verpflichtet, noch vor Beginn der Arbeitszeit in der Bäckerei zu sein.
21. Beim Herbschlagen, wie auch zu Kohlen- und Holzarbeit sind Tagelöhner zu verwenden, für das Ofenanschieben bekommt der Schiefer 4 Kr., der Kleinjung 2 Kr. Ertraentlohnung.
22. Strenge Einhaltung der gesetzlichen Sonntagsruhe; Gleichstellung des 1. Mai mit dem Sonntage.

II. Lehrlinge.

23. a) Die Bestimmungen über die Arbeitswoche und Arbeitszeit gelten auch für die Lehrlinge.
b) Bei Lehrlingen unter 16 Jahren sind die diesbezüglichen Bestimmungen der Ministerialverordnung streng einzuhalten.
c) Die Anzahl der Lehrlinge wird folgendermaßen festgesetzt: für Betriebe ohne einen Gehülfen 1 Lehrling, bis zu 5 Gehülfen 2 und für weitere 5 Gehülfen wieder 2 Lehrlinge. Jedoch darf kein Meister mehr als 6 Lehrlinge beschäftigen.
d) Zum Hausieren mit dem Gebäck dürfen die Lehrlinge nicht verwendet werden.
24. In jeder Bäckerei müssen die erforderlichen Waschvorrichtungen und Kleiderstränke sein.
25. Aus Anlaß dieser Lohnbewegung darf kein Gehülfe entlassen werden.
26. Die Aufsicht über die genossenschaftliche Arbeitsvermittlung hat die Tarifkommission zu üben und es verpflichten sich die Unternehmer, die Arbeitskräfte von dieser Vermittlung zu holen.
27. Damit keinerlei Mißverständnisse betreffs der Vergütung der gemachten Ueberstunden entstehen, verpflichten sich die Unternehmer, diese wöchentlich zu verrechnen und zu zahlen.
28. Diese Tarifbestimmungen sind in jedem Betriebe an einer ersichtlichen Stelle aufzuhängen. In Betrieben, wo die Erzeugung gestiegen ist, muß längstens in vier Wochen der Lohn nach den höheren Sätzen des Tarifs geregelt werden.
29. Dieser Tarif gilt auf die Dauer von 3 Jahren und darf vor Ablauf dieser Frist von keiner Seite verlegt werden. Die Kündigung vor Ablauf der 3 Jahre ist eine dreimonatliche.
30. Diese Vereinbarungen sind bindend für alle Mitglieder der Genossenschaft der Bäcker von Prag und Umgebung, auch für jene, die innerhalb der 3 Jahre Meister werden, und treten mit dem 1. November 1904 in Kraft.
31. Ueber die Durchführung und Einhaltung dieses Tarifs macht eine ständige Kontrollkommission, der auch die Austragung der Streitfälle aus Anlaß des Tarifs zu übertragen sind. Diese Kommission setzt sich aus je 6 Meistern und 6 Gehülfen zusammen, die alljährlich neu zu wählen sind. Den Entscheidungen dieser Kontrollkommission haben sich beide Teile zu unterwerfen.

Die Kontrollkommission gibt sich ihre Geschäfts-

ordnung selbst. Der Vorsitzende wird bei jeder Sitzung aus der Mitte der Kommissionsmitglieder gewählt.

Auch in Floridsdorf haben die Bäckerarbeiter mit der Genossenschaft nach mehrwöchentlichem Unterhandeln einen Tarif vereinbart, der sich wesentlich mit den Bestimmungen des Wiener Tarifs deckt. Somit mehrte sich die Zahl der Orte, wo die Genossenschaft so viel Macht aufzubringen vermag, die zur Abschließung solcher Tarifverträge unentbehrlich ist. Damit die Tarifbestimmungen auch entsprechend respektiert und eingehalten werden, darf die Organisation keine Lücke erleiden. Zur Aufrechterhaltung der Erzeugnisse ist mehr Kraft notwendig, als zur Erlämpfung derselben. Dieses muß sich jeder Gehülfe fest einprägen, damit nicht nur jeder Rückfall unmöglich wird, sondern damit nach Ablauf der Frist, die Tarifverträge durch unsere vermehrte Macht immer wieder erhöht werden.

Bericht der Konferenz des Gaues Berlin.

Dieselbe wurde am Sonntag den 23. Oktober in Berlin im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, abgehalten. Eröffnet wurde die Konferenz um 12½ Uhr vom Gauvorsitzenden Kollegen Heßhold. Nachdem dieser die Delegierten begrüßt hatte, trug der Gelangereim „Morgengrauen“ mehrere Lieder zur Begrüßung vor.

Vom Kollegen Heßhold wurde festgestellt, daß insgesamt 9 Mitgliedschaften durch 13 stimmberechtigte Delegierte vertreten waren. Es vertraten die Kollegen Schneider, Hagemeister, Freier, Urban und Rosemann die Mitgliedschaft Berlin. Magdeburg war nur durch den Kollegen Heeren vertreten. Da von dort 3 Delegierte erschienen sollten, so zeitigte dies noch eine längere Debatte. Die Mitgliedschaft Magdeburg hatte an den Hauptvorstand das Eruchen gerichtet, die Kosten für die Delegierten zu tragen. Dies Gesuch hatte der Hauptvorstand abschlägig beschieden. Nun lag gegen das Verhalten des Hauptvorstandes eine Protestresolution seitens der Magdeburger Mitgliedschaft vor, welcher sich die Konferenz anschließen sollte. Auf Antrag Schneider wurde jedoch über diesen Punkt zur Tagesordnung übergegangen. Weiter vertraten die Kollegen Schimmelpfennig: Königberg i. Pr., Abel: Brandenburg a. d. S., Scheunemann: Stettin, Bräunlich: Kottbus, Hensch: Forst, Peter: Schönebeck und Schieferdecker: Halberstadt. Von Danzig war Kollege Lutz gewählt, aber nicht erschienen. Den Hauptvorstand vertrat Kollege Allmann und vom Gauvorstand waren Heßhold und Barth erschienen. Die vom Kollegen Heßhold verlesene Tagesordnung lautete:

1. Tätigkeits- und Kasienbericht des Vorstandes.
2. Situationsbericht der Delegierten.
3. Agitation und Organisation.
4. Unsere Taktik bei den bisherigen und zukünftigen Kämpfen.
5. Die Lehrlingsfrage, ihre Bedeutung und Behandlung bei unseren zukünftigen Lohnkämpfen.
6. Auf Antrag Magdeburgs: Wie steht es mit der Einführung des Tarifs in den Konsum- und Genossenschaftsbäckereien?
7. Anträge und Verschiedenes.
8. Wahl des Gauvorstandes.

Bevor in die Tagesordnung eingetreten wurde, wurde das Bureau gebildet, bestehend aus Heßhold als 1. Vorsitzenden, Heeren als 2. Vorsitzenden und Schimmelpfennig als Schriftführer.

Zum ersten Punkt hatte Heßhold das Wort. Aus seinem Bericht war zu entnehmen, daß im Gau 107 Versammlungen vom Gauvorstand abgehalten waren, wozu 10 verschiedene Referenten gestellt waren. Außerdem wurden noch ungefähr 200 Versammlungen in Berlin in den beiden Berichtsjahren 1903/04 abgehalten. Mehrere Mitgliedschaften seien neu errichtet. Stettin sei verloren und wieder gewonnen und Potsdam gewonnen und wieder verloren. Außerdem seien in einer Anzahl von Orten Einzelmitglieder. Der Gauvorstand habe außerdem mehrere Touren in andere Gauen unternommen. Während des Berliner Streiks, durch welchen der Gauvorstand eine kolossale Arbeit bekommen habe, seien auch von Hamburg und Breslau Touren durch den Gau gemacht, welche überall Erfolge gezeigt hätten. So habe sich die Mitgliederzahl von 173 am 1. Oktober 1902 auf 2145 Mitglieder am 1. Oktober 1904 gehoben. Also eine fünfjährige Vergrößerung, so daß man mit diesen Erfolgen, wenn man noch den Sieg über die Berliner Bäckermeister hinzurechnet, sehr wohl zufrieden sein kann. Kollege Barth gab den Kasienbericht, welcher hektographisch vorlag. Dieser lautete:

Einnahme:

Zufuß von der Hauptkasse	4548.90 M
Freiwillige Beiträge	1.60 "
Bestand vom Jahre 1902/03	32.85 "
Summa	4583.35 M

Ausgabe:

Porto	45.55 M
Schreibmaterial	5.40 "
Drucksachen	14. — "
Annoncen	20.65 "
Fahrtgelder	427.15 "
Diäten	419.50 "
Persönliche Entschädigung	3518. — "
Vericherungsbeiträge und Sonstiges	82.54 "
Kassenbestand	50.56 "
Summa	4583.35 M

An Eingängen waren zu verzeichnen: 207 Briefe, 147 Karten, 7 Postanweisungen; an Ausgängen: 226 Briefe, 116 Karten, 2 Postanweisungen, 3 Pakete, 23 Drucksachen. Der Zufuß von der Hauptkasse sei deshalb ein größerer, weil die Beamten sämtlich von der Kasse bezahlt würden; ferner bekäme die Kasse auch nicht mehr die 1½ % Beiträge. Sodann teilte er mit, daß im Gau außer den Mitgliedschaften an ungefähr 200 Orten 250 Einzelmitglieder vorhanden sind, die zum größten Teil nach Berlin zählen, so daß wir mit größter Zuversicht in die Zukunft blicken können.

Auf Antrag wurde dem Gauvorstand für seine Tätigkeit Dankschreiben erteilt.

Hierauf wurde, zuvor die Mandatsprüfungskommission Bericht erstattet hatte, der zweite Punkt der Tagesordnung vorgenommen. Zunächst gab Schneider für Berlin den Bericht. Er ist mit den Erfolgen in Berlin und der Lohnbewegung zufrieden, was aber trotzdem kein Anlaß sei, jetzt auszurufen und die Hände in den Schoß zu legen. Heeren-

Magdeburg klagt über das Verhalten der meisten Konsumbäcker, welche kein Interesse für die Agitation zeigen; die Kollegen beim Kleinmeister seien opferwilliger. Peter-Schönebeck teilt mit, daß in 40 Bäckereien nur 15 Gehülfen beschäftigt sind, die anderen Arbeiter sind alles Lehrlinge. Scheunemann-Stettin, Schieferdecker-Halberstadt und Schimmelpfennig-Königsberg teilen mit, daß sie mit einem großen Indifferentismus der Kollegen zu kämpfen haben, sowie mit einer reaktionären Meisterschaft. Letzterer führt an, daß die dortige Gesellen-Brüderschaft die Organisation bekämpft. Auch Abel-Brandenburg kann wenig erfreuliche Sachen berichten, nur die Kollegen der Konsumbäckerei sind organisiert, in den anderen Bäckereien herrscht Lehrlingszuchterei. Bräunlich-Kottbus und Hensch-Forst sind der Ansicht, daß in bezug auf Agitation an ihren Orten noch viel mehr getan werden müsse. Ersterer beschwert sich darüber, daß während des Berliner Streiks dort keine Versammlung vom Gauvorstand abgehalten wurde, was dieser damit entschuldigt, daß er zu der Zeit in Berlin genug zu tun hatte. In der darauf folgenden Diskussion kritisierte Allmann das Verhalten der einzelnen Verwaltungen, denn diese gingen oft nicht mit gutem Beispiel voran. Auch Heßhold führt aus, daß während der Versammlungen energischer vorgegangen werden müsse, und ist der Ansicht, daß, wenn auch die Erfolge nicht so groß sind, wie sie sein sollten, wir doch zufrieden sein könnten; aber trotzdem müßten wir immer weiter arbeiten, um auch in der Provinz bessere Zustände zu schaffen.

Zum dritten Punkt hat Schneider das Wort. Dieser hielt nur ein kurzes Referat, da vorher schon genug darüber gesprochen war und hält hauptsächlich kollegialischen Verkehr mit den Unorganisierten für erforderlich; ferner sollen die Mitgliedschaften in allen Angelegenheiten das erste Wort sprechen und sich niemals an die Wand drücken lassen.

Zum vierten Punkt ergreift Allmann das Wort und führt aus, daß er früher die Kollegen von Lohnbewegungen zurückhalten mußte, jetzt könne jedoch die andere Richtung Platz greifen. Er warnt jedoch davor, sich Illusionen hinzugeben, da sonst leicht Rückschläge eintreten könnten. Es seien Vorkehrungen getroffen, in unseren Forderungen wieder ein Stück weiter zu gehen; jedoch bedürfte dies der energischen Mitarbeit aller tätigen Kollegen. Er ist der Meinung, daß die Verbandskollegen zu größerer Opferwilligkeit herangezogen werden müssen, da große Kämpfe auch große Opfer erfordern und ohne diese nichts zu erreichen sei. Und deshalb ermuntert er die Kollegen, bei der Einkassierung der Extrabeiträge mehr auf dem Posten zu sein und nicht noch hindernd in den Weg zu treten, dann werden auch die Erfolge nicht ausbleiben, wenn auch unsere Gegner nicht überall so tölpelhaft auftreten werden wie in Berlin. Außerdem rügt er, daß einzelne Mitgliedschaften immer mit Forderungen an den Hauptvorstand herantraten.

Zum fünften Punkt spricht Barth-Berlin. Derselbe führt an, daß in bezug auf die Lehrlingszuchterei Veränderungen getroffen werden müssen, denn durch die kolossale Referatarmee, welche von den Meistern durch diese Zuchterei geschaffen wird, werden bei unseren Lohnkämpfen uns noch stets Hindernisse in den Weg gelegt. Ja, die Lehrlinge selbst sind uns bei den jetzigen Streiks schon hinderlich gewesen und empfiehlt er daher, bei den nächsten Kämpfen an die Meister auch Forderungen auf Einschränkung der Lehrlingszahl einzureichen, und macht Vorschläge hierzu. Zum Schluß empfiehlt er folgende Resolution: „Die Konferenz des Gaues Berlin erklärt, daß der hochbedeutendsten Lehrlingsfrage bei künftigen Lohnkämpfen in unseren Forderungen größere Beachtung geschenkt werden muß. Durch das unnatürlich große Lehrlingshalten in unserem Gewerbe sind die überaus traurigen Verhältnisse zum weitaus größten Teil mit verschuldet worden. Eine kräftig empfortretende Organisation hat nun die Pflicht, auf eingewurzelten Mißbräuchen, die zu einer Quelle des Elends geworden sind, nachdrücklich Einsicht zu gebieten. Dies anzuregen und den Gedanken mit Entschiedenheit weiterzuspinnen, um die je nach den Verhältnissen geeigneten Mittel und Wege zu finden, ist der Zweck der heutigen eingehenden Aussprache. Ein energischer Verfolg der aufgerollten Frage nach dieser Richtung wird Resultate zeitigen, die unbedingt zur Genüßung der vertrottelten Zustände in unserem Gewerbe beitragen müssen.“ Diese Resolution wurde einstimmig angenommen. Nachdem Barth geredet hatte, wurde auf Vorschlag des Bureau die Redezeit der Diskussionsredner auf 10 Minuten beschränkt. Als erster Redner hatte Freier das Wort, der mehrere Fälle aus Nordost anführte, wo die betreffenden Meister, welche bewilligt haben, Lehrlingszuchterei treiben, und empfiehlt, in Zukunft auch in dieser Richtung eine diesbezügliche Forderung an die Meister zu stellen. Hagemeister rügt das Verhalten der Gesellen-Ausschüsse in dieser Angelegenheit und schlägt folgende Resolution vor: „Überall, wo die Organisation seinen Fuß gefaßt hat, sind die Gesellen-Ausschüsse zu beauftragen, bei der Aufsichtsbekörde gegen die übermäßige Lehrlingszuchterei Beschwerde zu führen.“ Diese Resolution wurde einstimmig angenommen. Rosemann teilt mit, daß in Berlin sämtliche Posten vom Verbands befehrt sind. Die anderen Delegierten sind alle der Ansicht, daß die Lehrlingszuchterei bekämpft werden muß und teilen mit, daß die Flugblätter damals gut gewirkt haben. Allmann hält die Vorschläge des Kollegen Barth über die Zahl der Lehrlinge für zu gering und teilt mit, daß sich auch der nächste Verbandstag mit der Lehrlingsfrage beschäftigen wird. Schneider und Barth weisen zum Schluß nochmals darauf hin, daß Gehörte zu hebersigen und auszuführen. Heeren macht noch den Vorschlag, lieber die Beiträge zu erhöhen, als Extrabeiträge zu erheben. Diesem Vorschlag tritt Allmann entgegen, da Magdeburg als die einzige Mitgliedschaft gelte, die keine regelmäßigen Extrabeiträge erhebe und daher am wenigsten darüber zu kagen hätte.

Zum sechsten Punkt: Einführung des Tarifs, erstattete Allmann den Bericht. Er teilte mit, daß einzelne Betriebe den Tarif sofort bewilligt hätten, während in einigen anderen Konsumvereinen die Verhandlungen abgebrochen werden mußten. Auch machen die Kollegen in einigen Betrieben infolge ihrer Kurzsichtigkeit noch Schwierigkeiten, so daß sich die betr. Verwaltungen dann auf einen prozigen Standpunkt stellen, so z. B. die Magdeburger. Aber doch seien bald die meisten Hindernisse beseitigt und der Tarif in den meisten Genossenschaftlichen bald eingeführt. Mit dem Bericht Allmanns waren nun die Kollegen zufrieden und kam man zu Punkt 7.

Hier lag ein reichhaltiges Material vor. Ein Antrag Breitschneider-Spremburg enthielt nur ungerichtetes Zeug. Heßhold gab hierzu noch eine Erklärung ab und wurde dann auf Antrag Rosemann zur Tagesordnung übergegangen. Ein Antrag Brandenburg betr. die Zentralisation der Gewerkschaften, wurde, nachdem Allmann die Sache

